

Die Vollversammlung hat am 19.10.2020 folgenden Antrag beschlossen:

Selbstverpflichtung des Kreisjugendrings Aschaffenburg zu ökologischem/nachhaltigem Handeln

Antragsteller: BDKJ-Regionalvorstand Aschaffenburg

Antragstext:

Der Vorstand des Kreisjugendrings Aschaffenburg wird beauftragt, verschiedene Maßnahmen im Rahmen des Kreisjugendring-Geschäftsbetriebs aufzugreifen und umzusetzen, die zum Ziel haben, dass der Kreisjugendring-Geschäftsbetrieb bis Ende 2021 so klimaneutral und nachhaltig wie möglich arbeitet. Durch die Vertretung der Interessen aller Kinder und Jugendlichen im Landkreis Aschaffenburg fühlt sich der KJR-Vorstand besonders verpflichtet folgende Maßnahmen für eine lebenswerte, nachhaltig-gestaltete Zukunft umzusetzen:

- Die Aufnahme des Wertes „Nachhaltigkeit“ in das Leitbild
- Die Erstellung eines Einkaufsleitfadens nach nachhaltigen Kriterien (bio, regional, fair, Precycling (Müllvermeidung))
- Die Verwendung von Bio-, regionalen- und fair-gehandelten Produkten für die Verpflegung bei Kreisjugendring-Veranstaltungen
- Die Herausgabe/Empfehlung eines Leitfadens hinsichtlich nachhaltigen Handelns an seine Mitgliedsverbände
- Die Revision der Förderrichtlinien hinsichtlich der Fördermöglichkeit nachhaltig gestalte Projekte
- Die thematische Schwerpunktsetzung von nachhaltigem politischem Handeln in der Kommunikation mit politischen Gremien (Landrat) und deren Vertreter*innen (Kreistag, MdL, MdB, MdEP) des Landkreises Aschaffenburg
- Die Selbstverpflichtung des Vorstandes und der Mitarbeiter*innen des Kreisjugendrings zur Benutzung, sofern möglich, von öffentlichen Verkehrsmitteln während Dienstreisen.
- Die Überprüfung der Kreisjugendring-Geschäftsstelle auf die Umsetzbarkeit einer „papierlosen Verwaltung“

Der Vorstand des Kreisjugendrings Aschaffenburg verpflichtet sich, in der kommenden Frühjahrsvollversammlung 2021 die bisherigen Ergebnisse der Umsetzung dieses Antrags seinen Mitgliedsverbänden vorzulegen. Weiterhin wird die öffentliche Debatte in dieser Hinsicht mit größtem Interesse verfolgt und es wird sich vorbehalten in dieser Debatte zukünftig Stellung zu nehmen.

Begründung:

Ökologische Nachhaltigkeit als politisches Thema hat in den letzten Monaten und Jahren wachsende Aufmerksamkeit erfahren. Vor allem Jugendlichen ist sie in vielen Bereichen ihres Lebens ein großes Anliegen, das sie im Rahmen von Schule, Vereinen, aber auch im öffentlichen Raum immer prominenter zur Sprache bringen. Mit der fortlaufenden Debatte wächst nun allerdings auch ihre Sorge, dass ihre ausdrückliche Fürsprache für nachhaltiges politisches Handeln, die im Übrigen durch überwältigende wissenschaftliche Evidenz gedeckt ist, von den politischen Entscheidungsträgern dieses Landes keine angemessene Behandlung erfahren könnte.